Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des

Kreisdirektors und Kämmerers

Rainer Stratmann

zur Einbringung des Haushaltes 2012

für den Kreis Unna

o

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

„Nur wer weiß, wo er herkommt, weiß wo es hingehet“.

Getreu dieser alten Lebensweisheit lassen Sie mich zu Anfang meiner Rede kurz die Rahmenbedingungen beschreiben, die zur Aufstellung des Haushalts 2012 für den Kreis Unna geführt haben.

Beginnen möchte ich mit dem Haushalt 2010. Wir haben uns im Rechnungsprüfungsausschuss intensiv mit 2010 beschäftigt und Sie haben soeben die Feststellung des Jahresabschlusses beschlossen. In Ergebnis liegt ein Überschuss in Höhe von 1,4 Mio. Euro vor, der zur Stärkung des viel zu geringen Eigenkapitals des Kreises Unna verwendet werden soll. In dem Überschuss ist u.a. ein nicht kreisumlagewirksamer und nicht liquiditätswirksamer Anteil von rd. 1 Mio. Euro enthalten, der aus der Übernahme von Gesellschafteranteilen der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Form einer Sachausschüttung entstanden ist. Der Zuwachs in der Größenordnung von rd. 1 Mio. Euro ist lediglich bilanziell durch die Übernahme des Gesellschafteranteils entstanden. Sie sehen, das Jahr 2010 haben wir somit praktisch mit einer Punktlandung abgeschlossen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch daran erinnern, dass wir noch Ende letzten Jahres ebenfalls eine Umlagesenkung und zugleich eine Sonderausschüttung von rd. 18 Mio. Euro an die Städte und Gemeinden direkt vorgeschlagen haben. Wir hatten im Sommer 2010 wegen der Wohngeldentlastung einen grundlegenden Prozess gegen das Land Nordrhein-Westfalen vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gewonnen, der uns - ohne Übertreibung - ein grandioses Ergebnis beschert hat. Das Land musste uns für die vergangenen Jahre rd. 18 Mio. Euro nachzahlen, die wir eins zu eins an die Städte und Gemeinden weitergeleitet haben. Gleichzeitig haben wir durch dieses Urteil für die Zukunft eine Verbesserung des Haushaltes von rd. 7 Mio. Euro jährlich erstritten. Das sind ca. anderthalb Punkte Kreisumlage, die wir allein durch diese vom Verfassungsgerichtshof in Münster getroffene Entscheidung für unsere Städte und Gemeinden bewirkt haben.

Das Jahr 2011 ist bisher recht ordentlich gelaufen, der Landrat und ich können Wort halten und Ihnen auch noch für dieses Jahr eine Kreisumlagesenkung vorschlagen. Die Verbesserung in 2011 ist zunächst durch einen höheren Zuschuss des Bundes an der Beteiligung der Kosten für Unterkunft im Rahmen des Bildungs- und Teilhabergesetzes verursacht worden - und zwar in der Größenordnung von rd. 1 Mio. Euro.

Darüber hinaus haben wir intensiv daran gearbeitet, dass der Altlastenverband Nordrhein-Westfalen sich an den Sanierungskosten für die ehemalige Zeche und Kokerei Massen 3/4 in Unna beteiligt. Als Ergebnis dieser Arbeit kann nunmehr die hierfür gebildete Rückstellung von 3,8 Millionen ergebniswirksam noch für das Jahr 2011 in der Größenordnung von 3 Mio. Euro aufgelöst werden. Der Altlastenverband übernimmt also die Kosten für die Sanierung in Höhe von 3 Mio. Euro, der Kreis Unna ist nur noch mit rd. 800.000 Euro beteiligt.

Um das Ziel von mindestens 1 Punkt Hebesatz Umlagesenkung zu erreichen, habe ich nach Beratung im Verwaltungsvorstand im Rahmen einer restriktiven Haushaltsführung alle Budgets zusätzlich verpflichtet, einen Betrag von 500.000 Euro zur Verbesserung des Jahresergebnisses 2011 zu leisten. Das ist nicht einfach, aber ich bin sicher, dass das am Ende auch klappen wird. Sie können also ruhigen Gewissens im

Dezember die Umlagesenkung für das Haushaltsjahr 2011 beschließen und damit weitere 4,5 Millionen Entlastung noch in diesem Jahr für die Städte und Gemeinden möglich machen.

Der Kreis bildet mit seinen Städten und Gemeinden zusammen eine Schicksalsgemeinschaft. Wir befinden uns sozusagen in einem Boot mit ihnen und müssen in die gleiche Richtung rudern. Die Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden und des Kreises Unna ist seit Jahren äußerst kritisch. 5 Kommunen unterliegen der Restriktion eines genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes, 2 Kommunen sind in der dauernden vorläufigen Haushaltsführung, weil ein HSK nicht mehr genehmigungsfähig ist, 2 Kommunen droht die bilanzielle Überschuldung und lediglich nur eine Kommune kann noch einen fiktiven Haushaltsausgleich durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage darstellen. Der Kreis selber hat so gut wie keine Ausgleichsrücklage mehr und nur noch 0,67 % der Bilanzsumme als Eigenkapital. Das ist in Nordrhein-Westfalen ziemlich einzigartig und macht deutlich, dass wir auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer schon auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden entscheidend Rücksicht genommen haben.

Weil es in den Städten und Gemeinden so kritisch mit der Finanzierung der Aufgaben steht, müssen wir uns als Kreis besonders anstrengen, um die Städte und Gemeinden zu entlasten und sie nicht über Gebühr zu belasten.

Wir haben das in den vergangenen Jahren, ja Jahrzehnten auch immer wieder getan. Ich bin schon seit fast 25 Jahren beim Kreis und will nicht bei der ersten Konsolidierungsrunde Anfang der neunziger Jahre anfangen. Aber es sei doch gestattet, auf die erste aufgabenkritische Betrachtung aus dem Jahre 2002 hinzuweisen, die dann durch die Arbeit der Finanzstrukturkommission im Jahre 2006 und mit der jetzt im Jahre 2010 durchgeführten dritten Konsolidierungsrunde in 10 Jahren zu guten Ergebnissen geführt hat. So haben wir insgesamt rd. 10 % aller Planstellen eingespart und lassen nicht locker, auch in den nächsten Jahren weitere Einsparvolumen von jeweils rd. 3 bis 4 Mio. Euro zu erzielen. Es war äußerst mühsam für Sie, diese Vorschläge auch tatsächlich in Sparbeschlüsse umzusetzen, aber es ist uns gemeinsam gelungen. Es konnte allerdings nur gelingen, weil alle Maßnahmen sehr intensiv mit den politischen Gremien des Kreises diskutiert wurden, sie aber auch mit den Städten und Gemeinden bis ins Detail kommuniziert wurden. Ich bin daher nicht nur Ihnen als Verantwortliche des Kreises dankbar, dass Sie diese wichtigen und teilweise schmerzhaften Beschlüsse gefasst haben. Genauso dankbar bin ich den Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden, dass sie uns immer kritisch, aber konstruktiv begleitet haben.

Ich hoffe, ich habe Sie bisher nicht allzu sehr strapaziert mit dem Blick auf die Vergangenheit, aber der Rückblick ist notwendig, um den Ausblick sicher zu wagen. Daher nun zum Haushalt 2012.

Für den Haushalt 2012 gibt es auf der Ertragsseite durchaus interessante und positive Entwicklungen. So ist die Steuerkraft in den Städten und Gemeinden im Referenzzeitraum vom 01.07.2010 bis zum 30.06.2011 gestiegen. Zwar nur um 1,85 % - aber immerhin gestiegen nach zwei mageren Jahren. Der Anstieg wäre noch besser gewesen, wenn wir nicht einen erheblichen Rückschlag der Steuerkraft in einer einzelnen Gemeinde zu verzeichnen gehabt hätten. Hier ist ein hervorragend arbeitendes Familienunternehmen, das erheblich investiert und Arbeitsplätze neu geschaffen hat, an einen Großkonzern verkauft worden. Mit dem Tag des Verkaufs an das Großunternehmen ist die Gewerbesteuerzahlung für die Gemeinde auf null gesetzt worden,

weil der Großkonzern die Gewinne mit Verlusten an anderer Stelle kompensieren konnte. Eine solche Entwicklung bedarf der besonderen Beobachtung - nicht nur bei uns, sondern bundesweit.

Soweit zur eigenen Steuerkraft, nun zu den Zuweisungen des Landes.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 umfasst ein Gesamtvolumen von 8,4 Milliarden Euro, der höchste Betrag, der jemals in Nordrhein-Westfalen für die Städte, Gemeinden und Kreise vom Land zur Verfügung gestellt worden ist. Das liegt sicher auch daran, dass die Steuereinnahmen auf der Landesseite erheblich angestiegen sind. Gleichzeitig wird aber der Landesgesetzgeber mit dem GFG 2012 der Tatsache gerecht, dass der Verfassungsgerichtshof in Münster schon vor zehn Jahren einen anderen Verteilungsmaßstab zu Gunsten des Ballungsraumes und zu Lasten des ländlichen Raumes gefordert hat. Das jetzige Gemeindefinanzierungsgesetz folgt diesem Urteil und berücksichtigt zudem Vorschläge der sogenannten IFO-Kommission zur Anpassung der Grunddaten. Hier sind insbesondere die Soziallasten- und Zentralitätsansätze verändert worden, was zu verbesserten Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden im städtischen Raum führt. Das wirkt sich auch für uns - mit Ausnahme von Fröndenberg und Werne – sehr positiv aus und lässt die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden im Kreis um insgesamt rd. 23 Mio. ansteigen.

Die leicht positive Entwicklung bei der Steuerkraft und die enormen Steigerungen bei den Gemeindefinanzierungszuweisungen ergeben somit eine Umlagegrundlage, die in diesem Umfang noch nie dagewesen ist, nämlich insgesamt 478 Mio. Euro oder einen Zuwachs von 6,5 %. Das sind wirklich gute Nachrichten vom Land, die man wirklich anerkennen muss. Es sind aber beileibe keine Wohltaten des Landes, sondern das ist dringend notwendig, um die immer größer werdenden kommunalen Aufgaben auch erfüllen zu können.

Auch die Kreisschlüsselzuweisungen sind um 4,4 Mio. Euro gestiegen, von 21 auf 25 Millionen Euro. Wir haben aber immer noch nicht das Niveau der Jahre 2008 bis 2010 von durchschnittlich 30 Mio. Euro erreicht. Zwar ist auch hier die Steigerung im Verhältnis zum letzten Jahr positiv, aber selbst mit diesem Ergebnis können wir nicht richtig zufrieden sein. Es kann doch nicht sein, dass z.B. der Kreis Steinfurt, der nur unwesentlich größer ist als der Kreis Unna, im Jahre 2012 eine Schlüsselzuweisung von 50 Millionen Euro erhält – doppelt so viel wie der Kreis Unna. Hier muss weiter gekämpft werden, damit die Verteilungsmechanismen auch auf der Ebene der Kreisschlüsselzuweisungen ähnlich wie bei den Städten und Gemeinden anders gewichtet werden. Insgesamt ist aber abschließend festzustellen, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 in Ordnung ist. Insbesondere wird eine langjährige zentrale Forderung erfüllt: eine gerechtere Verteilung der Schlüsselzuweisungen zwischen dem Ballungskern, dem Ballungsrand und dem ländlichen Raum.

Ein besonderes Problem auf der Aufwandseite ist die Umlage für den Landschaftsverband. Die verbesserten Umlagegrundlagen schlagen in vollem Umfang auf die Umlage des Landschaftsverbandes durch. Auf der Grundlage der vom Landschaftsverband angekündigten Erhöhung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 15,7 % um 0,8 auf 16,5 % ergibt sich für den Kreis Unna eine Erhöhung der Zahllast um sage und schreibe 9,2 Mio. Euro: oder - um das in Prozentzahlen noch drastischer auszudrücken - eine Steigerung von über 12 %. Ich verkenne nicht, dass der Landschaftsverband im Bereich der Sozialhilfe, insbesondere bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, einen Mehraufwand hat. Ich habe immer wieder betont,

dass der Landschaftsverband gute Arbeit leistet. Aufgrund des medizinischen Fortschritts erreichen auch Behinderte in etwa das Alter wie die Durchschnittsbevölkerung – und das ist gut so. Die Eingliederung steht ganz oben an, diese Menschen haben einen Rechtsanspruch gegen diese Gesellschaft auf diese Leistungen, die ihnen unbestreitbar zustehen.

Gleichwohl kann ich diese Steigerung um 9,2 Mio. Euro fiskalisch nicht akzeptieren. Es müssen auch andere Strukturen bei der Finanzierung dieser Aufgaben möglich sein.

Der Landschaftsverband erhält auf der Grundlage der ersten Proberechnung rd. 20 Mio. Euro im Saldo mehr als er bisher geplant hat. Diese 20 Millionen stehen auf jeden Fall uns, den Städten, Gemeinden und Kreisen zu und müssen die Umlage um mindestens 0,2 Punkte niedriger ausfallen lassen als gegenüber dem vorgeschlagenen Entwurf des Landesdirektors.

Des Weiteren ist nicht einsehbar, dass der Landschaftsverband immer noch eine Ausgleichsrücklage in der Größenordnung von 84 Mio. Euro vorhält. Praktisch alle Städte und Kreise haben ihre Ausgleichsrücklagen in den letzten Jahren genutzt, um einen fiktiven Haushaltsausgleich zu schaffen. Es ist daher sicher auch dem Landschaftsverband zuzumuten - wenn auch vielleicht nicht im vollen Umfang von 84 Millionen - zur Entlastung der Städte und Kreise beizutragen.

Letztlich muss es auch beim Landschaftsverband möglich sein, durch weitere Konsolidierung Perspektiven zu entwickeln, um effizienter und kostengünstiger die notwendigen Leistungen zu erbringen. Es ist daher dringend angeraten, dass auch der Landschaftsverband sich durch einen privaten externen Berater unterstützen lässt, um insgesamt wirtschaftlicher zu arbeiten. Dazu gehört selbstverständlich auch die Frage, ob das erhebliche Beteiligungsvermögen des Landschaftsverbandes - zumindest teilweise - auch in die Konsolidierungsstrategie beim Landschaftsverband einzubeziehen ist.

Lassen Sie mich nunmehr zum Aufwand kommen und hier insbesondere zum Aufwand Arbeit und Soziales. Zu Anfang und besonders hervorzuheben ist, dass der Zuschussbedarf in diesem Budget im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3,8 Millionen abnimmt. Das ist seit Jahrzehnten meines Wissens das erste Mal, dass dieser Bereich keinen Zuwachs, sondern eine Entlastung bringt. Das liegt zwar leider noch immer nicht an der Aufwandsseite, sondern ist im Wesentlichen durch Verbesserungen der Ertragsseite begründet.

Es ist deutlich anzuerkennen, dass der Bundeszuschuss bei der Grundsicherung im Alter von bisher 15 auf 45 % erhöht wird. Im Jahre 2013 wird der Zuschuss auf 75 und ab dem Jahre 2014 auf 100 % steigen. Damit übernimmt der Bund die komplette Grundsicherung. Für uns bedeutet das eine Kostenentlastung von fast 20 Mio. Euro in den nächsten Jahren. Das ist wirklich sehr, sehr positiv und sicher ein erster großer Schritt in die richtige Richtung.

Auch bei den Kosten der Unterkunft gibt es schon in 2012 eine leichte Entspannung, aber leider nur eine ganz leichte. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stagniert auch in 2012 auf hohem Niveau. Es ist nicht erkennbar, dass sich das im nächsten Jahr deutlich ändert. Zwar ist durch den Wirtschaftsaufschwung die Beschäftigungssituation der Menschen im Kreisgebiet besser geworden, trotzdem sind im Bereich des SGBII noch

keine deutlichen Entlastungseffekte zu erkennen. Nach wie vor werden bei uns rd. 7 Millionen für die laufenden Kosten Monat für Monat abgebucht.

Allerdings kann auch hier positiv vermerkt werden, dass sich der Bund an den Unterkunftskosten mehr als bisher beteiligt. Der Anteil des Bundes ist auf 26,4 % gestiegen, so dass wir insgesamt auf der Kreisseite rd. 1 Mio. Euro einsparen. Bei einem Gesamtaufwand von 85 Millionen ist das zwar im Moment nicht besonders viel, aber es ist immerhin ein guter Anfang. Vielleicht deutet sich hier ganz allmählich eine Trendwende für den Bereich Arbeit und Soziales an - und das wäre dann ganz sicher ein weiterer großer Schritt in die richtige Richtung.

Wir haben also eine leichte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und eine deutliche Verbesserung bei der Grundsicherung, bei den übrigen Hilfearten hält sich Plus und Minus eher die Waage. Alles in allem aber doch eine Veränderung zum Besseren. Ich habe die Hoffnung, dass sich das in den nächsten Jahren so fortsetzt.

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Stellenplan 2012 sagen. Wir schlagen Ihnen eine Reduzierung der von der Kreisumlage finanzierten Stellen von 771,5 um 3 Stellen auf 768,5 Stellen vor. Ursprünglich waren weitere 3,7 Stellen zur Einsparung vorgesehen, die mussten aber eingerichtet werden, um die von Ihnen beschlossenen Konsolidierungsvorschläge auch umzusetzen. Diese Konsolidierungsvorschläge zeigen Wirkung und bringen deutlich bessere Erträge, so dass die Einrichtung dieser Stellen mehr als gerechtfertigt ist. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass wir inzwischen 125 Stellen zusätzlich haben, die fremdfinanziert sind – zwar nicht ganz, aber doch zu 85 %. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Versorgungsverwaltung und das Job-Center.

Im Rahmen des Stellenplans möchte ich darauf hinweisen, dass durch die Konsolidierungsvorschläge weitere 11,5 Stellen mit KW-Vermerk bis 2015 versehen worden sind. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um langfristig zur Entlastung der Städte und Gemeinden beizutragen.

Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass die verbliebene Arbeit von immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet werden muss. Der Kreis Unna ist bekannt dafür, dass er exzellente Arbeit leistet und die Bürgerinnen und Bürgern in hohem Maße qualitativ gut bedient. Das geht aber nur, wenn entsprechend gutes Personal da ist und dieses auch anständig bezahlt wird.

Hier muss ich als Personaldezernent darauf hinweisen, dass wir jetzt eine Grenze erreicht haben. Ich sehe täglich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung zwar hohen Belastungen ausgesetzt sind, sie aber trotzdem mit Freude und mit großem Engagement ihre Arbeit erledigen. Es ist aber auch nicht zu verkennen, dass zu starke Belastung zu krankheitsbedingten Ausfällen führt. Das haben wir auf der Führungsebene in diesem Jahr schmerzvoll erfahren, das setzt sich aber auf allen Ebenen bei der operativen Arbeit fort. Umso mehr gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großer Dank und aufrichtige Anerkennung für ihre guten Dienste.

Dank gilt auch dem Personalrat, der uns in all diesen schwierigen Fragen immer konstruktiv-kritisch begleitet. Natürlich hat der Personalrat seine Rolle zu spielen, aber wir sind durch das Personalvertretungsgesetz auf

gemeinsame vertrauensvolle Zusammenarbeit angewiesen - und wir praktizieren das auch tagtäglich. Darüber hinaus gehen wir freundschaftlich und kollegial miteinander um: das ist eine alte Tradition im Kreishaus und seit Jahrzehnten gut geübte Praxis.

Bei den Investitionen liegen die Schwerpunkte im Bereich Schule und Straßenbau. Der Schwerpunkt bei der schulischen Arbeit liegt in der Weiterführung des Sanierungsprogramms für die Schulen sowie in der Erweiterung und energetischen Sanierung des Naturwissenschaftlichen Zentrums in Unna. Im Straßenbau sind insbesondere die K 44 (Südümgehung Selm) sowie die schon seit 30 Jahren geplante K10n in Schwerte zu nennen. Tatsächlich scheint es so zu sein, dass wir in Schwerte in 2012 die Straße fertigstellen können – es geschehen noch Zeichen und Wunder.

Zum Schluss möchte ich allen danken, dass wir Ihnen heute so gute und umfangreiche Unterlagen zur Verfügung stellen konnten. Das gilt für das gesamte Haus in großem Maße. Darüber hinaus hat der Steuerungsdienst die zentrale Verantwortung für den Haushalt und deshalb danke ich insbesondere Heinz Appel und Ferdi Adam, aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen des Fachdienstes 10, die Tag für Tag diese Arbeit hervorragend und zuverlässig erledigen.

Abschließend bieten wir Ihnen wie jedes Jahr an, mit Rat und Tat bei Ihren Beratungen zur Verfügung zu stehen und zu Ihrer Entscheidungsfindung beizutragen. Die Beschlüsse müssen Sie allerdings am 20. Dezember letztlich selbst tragen und verantworten. Ich wünsche Ihnen alles Gute, intensive Diskussionen und am Ende eine glückliche Hand für Ihre Entscheidung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.